

Haushaltsrede SPD-Fraktion
Kreistagssitzung 08.12.2023
- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

in den vergangenen Jahren habe ich meine Haushaltsrede stets mit einem Zitat eines sozialdemokratischen Bundeskanzlers angefangen oder beendet. Auch wenn ich mir nicht anmaße, dass Sie schon gespannt auf mein diesjähriges Zitat warten, wehrte Kollegen, kommt es in diesem Jahr jedoch anders. Nach den Beratungen in den Ausschüssen ist damit allerdings nicht nur die Frage des jeweiligen Zitats gemeint, sondern Sie werden es erahnen, auch das Ergebnis der Beratungen der SPD-Fraktion zu diesem Haushalt.

An der Frage des Zitats ist der Landrat schuld! - Gut, zugestanden, am Ergebnis unserer Beratungen natürlich auch!

Daher erlaube ich mir in diesem Jahr einmal, gleich mehrere verschiedene Zitate zu bringen, ohne, dass ein Sozialdemokrat daran beteiligt ist.

Bei der Einbringung des Etatentwurfs nahmen Sie, Herr Dr. Gericke, mir mein ursprünglich angedachtes und natürlich gut vorbereitetes Zitat bereits vorweg. Aber, auch Christdemokraten können sich natürlich gute Sozialdemokraten als Vorbild nehmen – Dagegen kann ich ja nichts haben, denn wie unser geschätzter Bundestagsabgeordneter Bernhard Daldrup immer so schön zu sagen pflegt: „Jeder hat die Chance, sich im Leben noch einmal zu verbessern!“

Herr Dr. Gericke,

eigentlich hätte ich es an der Stelle Ihrer Einbringung, ja bereits ahnen müssen, dass die aktuellen Beratungen, anders verlaufen als in den vergangenen Jahren.

Seit Ende 2020 gehöre ich nunmehr dem Kreistag des Kreises Warendorf an und muss zugestehen, in den inzwischen 20 Jahren, in denen ich in verschiedenen politischen Funktionen und Gremien Verantwortung trage, kann ich mich nicht daran erinnern, im nunmehr anstehenden 4. aufeinanderfolgendem Jahr, das Wort Krise so oft in den Mund genommen zu haben wie aktuell. Doch leider kann ich an dieser Stelle es nicht mit einem Zitat von Pippi Langstrumpf halten, „Ich mache mir die Welt, so wie sie mir gefällt“! – sondern ich muss die Realität nehmen, so wie sie ist.

Corona, der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, die stark steigende Inflation in unserem Land, die Energiepreisentwicklung und nicht zuletzt der perfide Angriff der Hamas auf Israel. Wir leben in wahrlich unruhigen Zeiten! Und noch im letzten Jahr habe ich hier gesagt: „die Menschen in unserem Land erwarten von uns Politikern, dass wir nicht nur mit gutem Beispiel vorangehen, sondern dass wir stets das Interesse unseres

Landes und insbesondere unseres Kreises im Auge behalten. Es ist nicht die Zeit von ideologischen Forderungen von Parteien oder von persönlichen Politikerprojekten, sondern es ist die Zeit von Maß und Mitte“.

So habe ich es im letzten Jahr sinngemäß erklärt und daran soll sich auch in diesem Jahr nichts ändern. Die SPD-Fraktion im Kreis Warendorf wird sich genau an dieses Maß und Mitte halten. Aus diesem Grund haben wir in den Haushaltsplanberatungen in den Ausschüssen, erneut keine zusätzlichen Ausgaben im Millionenbereich oder in ähnlich großer Größenordnung gefordert, sondern haben uns darauf beschränkt, die notwendigen Förderungen unserer sozialen Einrichtungen im Kreis aufrechtzuerhalten und da, wo zwingender Bedarf besteht, diese Beträge auch aufzustocken.

Jetzt könnte man meinen, was hat der Kocker da gerade gesagt? Man habe keine Millionenbeträge gefordert?

Erinnert er sich vielleicht gar nicht an seinen eigenen Wortbeitrag zur Frage der Ausgabe von Erstattungen des Landes von knapp über 4 Million €? - Doch, das tut er sehr wohl. Allerdings sind das für die SPD-Fraktion keine zusätzlichen Ausgaben, sondern eine Erstattung von Geldern, die nicht uns im Kreis, sondern den Bürgerinnen und Bürgern in den kreisangehörigen Gemeinden und Städten gehören. Aber dazu gleich mehr:

Ich habe mir einmal die Mühe gemacht und mir aufmerksam die Reden des Landrats aus den vergangenen Jahren der jeweiligen Eateinbringungen und im Übrigen auch die Haushaltsreden der CDU-Fraktion der vergangenen Jahre bei der Verabschiedung, einmal genauer anzuschauen. Nicht dass ich damals nicht aufmerksam zugehört hätte, aber man kommt ja leicht in die Situation, nicht mehr alles so parat zu haben. Obgleich die Kernbotschaft von beiden stets die gleiche war:

Ich zitiere sinngemäß und ausdrücklich nicht wörtlich: „Liebe Bürgerinnen und Bürger in unserem Kreis, die Lage ist ernst aber nicht hoffnungslos. Mit viel gemeinsamer Kraftanstrengung wird es uns in diesem Jahr dank der tollen Verwaltung, des tollen Landrats, des tollen Kämmers und der noch tollen CDU-Fraktion gelingen, die Auswirkungen der Krise auf unseren Kreis Warendorf im Rahmen zu halten. Aber in den nächsten Jahren da wird es eng. Jetzt ist es uns, gemeinsam und in Abstimmung mit den Bürgermeistern, noch gerade so gelungen, aber die nächsten Jahre, die werden hart“ Zitat Ende -

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
für den Haushalt 2021 wurde uns gesagt, dass 2021 so gerade noch klappen wird, aber die harten Jahre kommen in 2022 und 2023. Dann kam am Ende das positive Ergebnis 2021 und bei der Einbringung des nächsten Haushalts musste man dann hören, also 2022, das werden wir noch so gerade hinbekommen, aber 2023 das wird schwierig werden.

Jetzt reden wir über den Haushalt 2024 und sie werden sich kaum wundern, der Reflex ist ähnlich wie in den vergangenen Jahren. Ich bin zwar kein Pädagoge, aber ich hab's dennoch im Pädagogikunterricht mal gehört: Es ist wie der pawlowsche Hund:

Man nennt das Wort Krise und sowohl der Landrat als auch der Kämmer und auch die CDU antworten reflexartig: „2024 werden wir noch hinbekommen, aber die besonders schwierigen Jahre kommen in 2025 und 2026“.

Meine sehr geehrte Damen und Herren,
niemand in der SPD-Fraktion und auch ich nicht behaupten von uns selbst, Wahrsager zu sein. Andernfalls hätte ich am Mittwoch beim Lotto nicht erneut keinen Treffer erzielt. Aber ich ahne doch jetzt schon wieder, was uns im nächsten Jahr präsentiert werden wird: Ein hervorragendes Haushaltsjahr 2024 mit guten Ergebnissen.

Viele von Ihnen sind deutlich länger Mitglied des Kreistages als ich es bin. Mag sich doch jeder von Ihnen mal hinterfragen und in seinem Gedächtnis ein wenig herumkramen, wann gab es eigentlich zuletzt ein Jahresergebnis, das nicht deutlich über den Erwartungen des Kämmerers abgeschlossen hat, sondern deutlich darunter?

Ich glaube Sie mir werden ohne längere Recherche kein Jahr sagen können: Denn anders lässt es sich auch nicht erklären, wenn allein die Kreditverpflichtungen der vergangenen Jahre nahezu vollständig, bis auf einen kleinen Teil, zurückgeführt werden konnten. Dies ist natürlich der guten Haushaltslage geschuldet.

An dieser Stelle könnte man ja jedenfalls dann, wenn man CDU Mitglied ist, sich hinstellen und in jedem Jahr unseren Kreisdirektor und die gesamte Verwaltungsspitze loben und vor Ehrfurcht dann niederknien und sagen DANKE, dass ihr wieder so viele außerplanmäßig gute Ergebnisse erzielt habt.

Herr Dr. Funke, ich glaube Sie dürfen in der Zwischenzeit eigentlich bemerkt haben, dass ich Sie für einen guten Kreisdirektor halte und Ihre Arbeit und Ihre Kompetenz auch sehr schätze. Im Übrigen kann ich glaube ich für mich auch sagen, dass ich Sie als Mensch ganz gut leiden mag - Was würde also dagegen sprechen, mich als SPD-Fraktion jedes Jahr gemeinsam mit Ihnen zu freuen, wie toll wir doch positiv von der Planung abgewichen sind?

Soll ich es Ihnen verraten? Die Antwort ist ganz einfach: Die Realität! - Schauen wir doch einfach mal ins Gesetz. Die Kreisordnung verweist unter anderem auf die Vorschriften aus dem 8.-12. Teil der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen. Und da ich ja gerne zitiere, zitiere ich heute einmal § 75 Abs. 1 GO: „Die Gemeinde hat ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist. Die Haushaltswirtschaft ist wirtschaftlich, effizient und sparsam zu führen. Dabei ist den Erfordernissen des

gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen.“

Aber was ist damit gemeint? Schaut man sich die Kommentierungen und die Rechtsprechung dazu an, so wird man auf eine eigentlich Allen hier bekannte Formulierung stoßen: Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit: Dieser Grundsatz ist so nicht in einem Gesetz zu finden, bildet aber die Grundlage des Öffentlichen Haushaltswesens: Der Grundsatz der Wahrheit besagt, dass die erwarteten Ausgaben und Einnahmen so genau und sorgfältig wie möglich zu bestimmen sind.

Der Grundsatz der Klarheit verlangt, den Haushaltsplan transparent und übersichtlich zu gestalten und nach einem einheitlichen System zu gliedern!

Herr Dr. Gericke, Herr Dr. Funke, letzteres haben Sie eingehalten. An Ersterem, der Haushaltswahrheit kann man allerdings inzwischen schon mehr als deutlich zweifeln:

und jetzt komme ich zurück auf die Lobeshymnen der CDU: Man kann natürlich jedes Jahr das deutlich positiv abweichende Jahresergebnis stundenlang Beklatschen, man könnte aber auch inzwischen die Behauptung aufstellen, offensichtlich liegen die Planansätze der handelnden Akteure aus der Verwaltung ständig neben den tatsächlichen Realitäten. Ein Schelm der Böses dabei denkt. Denn:

Natürlich würde sich an dieser Stelle auch der Schluss herleiten lassen, die erwarteten Ausgaben und Einnahmen wären offensichtlich bewusst in jedem Jahr zunächst zu hoch angesetzt, um dann im tatsächlichen Ergebnis jedes Jahr aufs Neue, freudestrahlend, positive Abweichungen zu vermelden. Das hat aus unserer Sicht so langsam, aber sicher, ein Geschmäcke und rein gar nichts, mit Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit zu tun.

Und so ganz von der Hand zu weisen ist unsere These ja nun nicht wirklich, wenn mitten im Rahmen der Planberatungen, wohl angemerkt, nachdem die SPD-Fraktion bereits eine deutliche Senkung des Ansatzes der Kreisumlage beantragt hat, auf einmal völlig aus dem Nichts, 2 Millionen weitere Planverbesserungen gefunden werden, die offensichtlich vorher nicht gesehen wurden.

Aber dann meine sehr geehrten Damen und Herren, im Finanzausschuss vom Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Gutsche, auf einem meiner Beiträge noch erwidert zu bekommen, „das sei unredlich Herr Kocker, was Sie hier kritisieren“, dann hat man offensichtlich als SPD den faulen Zahn getroffen.

Herr Gutsche, Lieber Guido, dieses Thema zeigt ganz deutlich was tatsächlich unredlich ist: Unredlich ist nicht mein Wortbeitrag auf die Ergebnisveränderungen, unredlich ist, wenn offensichtlich der Landrat in der Einbringung seines Haushaltes freitags in der Sitzung noch

angekündigt, „wir werden Verbesserungen haben und ich kündige schon mal an, die Kreisumlage soll um 0,4 % absinken“, wohl gemerkt 0,5 % Absenkung haben die Bürgermeister beantragt, dann auch nur drei Tage später, von der CDU-Fraktion, ohne im Übrigen eine eigene Haushaltsplanberatung gehabt zu haben, wie aus dem Nichts, ein Antrag gestellt wird, die Ankündigung des Landrats noch mal um 0,1 % zu erhöhen, damit, man höre, man auf so wundersame Weise, am Ende genau bei den 0,5 % landet, die die Bürgermeister in ihrer Stellungnahme beantragt haben. Und jetzt Herr Gutsche können Sie sich überlegen, ob es unredlich vom Landrat ist, selbst nicht die 0,5 % von Anfang an zu erwähnen, nur damit sie offensichtlich noch etwas zu beantragen zu haben, oder ob es unredlich von Ihnen ist, drei Tage nach der Einbringung genau diese Punktlandung zu beantragen. Besonders ärgerlich ist es dann aber noch, wenn man später seinen Antrag wieder in Luft auflösen muss, weil der Kämmer noch 2 Millionen Euro im Keller gefunden hat.

Aber wie war das noch mal? Ich mach die Welt, so wie sie mir gefällt!

Durch diese Gemengelage wird doch mehr als offensichtlich, dass die Grundsätze der Haushaltswahrheit bei der Aufstellung des Plans schon ein wenig ad absurdum geführt werden. Untermauert wird das Ganze ja dann noch aus dem historisch tollen Ergebnis, nein ich muss ja sagen aktuell nur eine Prognose. Das Jahresergebnis für das aktuelle Jahr 2023 liegt ja noch nicht vor. Ich erinnere noch einmal an den Eingang meiner Rede: uns wurde bei der Einbringung des Etats von Seiten des Landrats und von Seiten der CDU damals noch gesagt in 21, also 21 das schaffen wir, 22 aber wird eng, und dann in 22. Ja das schaffen wir, Aber 23 das wird das schlimme Jahr! Das Ergebnis sehen wir: Wir haben einen zu erwarteten Überschuss im deutlich zweistelligen Bereich. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, halten wir von der SPD für unredlich. Und damit ist nicht das Ergebnis als solches gemeint, sondern die Art und Weise der vorherigen Planung.

Herr Dr. Gericke, Herr Dr. Funke, die SPD-Fraktion teilt durchaus die Befürchtungen, die Sorgen und die Ängste der Bürgermeister. Die Entwicklung im Zusammenhang mit den Kosten für Energie oder auch für die Unterbringung von Geflüchteten, ist besorgniserregend. Nicht zuletzt wurde zu Recht von unseren Städten und Gemeinden gefordert, hier eine deutlich spürbare Entlastung durch das Land und durch den Bund zu bekommen. Jetzt musste ich mir im Jahr 2023 Land auf und Land ab anhören, wie dramatisch die Haushaltslage vor Ort in den Kommunen ist. Man müsste endlich mehr Geld für die Flüchtlingskosten erhalten. Jetzt gibt es endlich dieses „mehr Geld“ in Höhe von mehr als 4 Million €. Und was passiert damit? Nach dem Willen der Mehrheit wollen wir es in die Rücklage des Kreises stecken. Offensichtlich scheinen die Bürgermeister vor Ort jedenfalls dann, wenn man sich von den Gesprächen mit der hiesigen Verwaltungsspitze erzählen lässt, zufrieden zu sein und wollen lieber die 4 Million in die erneut angekündigten schweren Jahre 2025 und 2026 stecken. Das verwundert doch sehr:

Wenn ich Diskussionen aus den Räten vor Ort mitbekomme, wie hart über einzelne Euros für Sportvereine, für Kulturveranstaltungen, für den Tierschutz oder für andere freiwillige Ausgaben gestritten wird, dann frage ich mich ernsthaft, warum wir im Kreis diese 4 Million € nicht jetzt schon an die Städte und Gemeinden zurückgeben, sondern damit warten für spätere Jahre, wo ich sicher bin, das am Ende wieder gesagt wird: Wir konnten erneut einen guten Überschuss erwirtschaften. Offensichtlich ist die Finanzlage vor Ort jedenfalls nicht derart rosig, dass das Argument gegenüber notwendigen Förderungen von freiwilligen Leistungen, immer lautet, wenn nicht die angekündigte Gesetzesänderung auf Landesebene kommt, wären wir eigentlich schon in der Haushaltssicherung. Noch unverständlicher ist es dann, wenn ich z.B. höre, dass die Stadt Oelde die Grundsteuer B erhöhen muss, zwar dank der dortigen SPD nicht ganz so stark wie ursprünglich von der Verwaltung angedacht, aber immer noch erhöhen muss, da ansonsten ein finanzielles Problem auftritt. Was ist denn das Ergebnis dieser Erhöhung der Grundsteuer?

Die Grundsteuererhöhung vor Ort trifft jeden einzelnen Bürger. Sie trifft den Eigentümer genauso wie den Mieter. Sie führt dazu, dass dem Bürger 2024 mehr in die Tasche gegriffen wird als im Jahr 2023. Also führt es doch aktuell jetzt im Jahr 2024 zu einer spürbaren Mehrbelastung für den Bürger vor Ort. Und dann frage ich Sie, meine sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, warum behalten wir dann diese 4 Million € an dieser Stelle jetzt auf unserem Konto in der allgemeinen Rücklage, auf dem Sparbuch des Kreises, anstatt das Geld den Bürgerinnen und Bürgern jetzt bereits zurückzugeben, und vielleicht dadurch Mehrbelastungen vor Ort zu vermeiden?

Wenn man dann noch bedenkt, dass es aktuell ja sogar für das Geld was wir jetzt anlegen und behalten auch noch Zinsen gibt, die Bürger vor Ort aber umgekehrt mehr ausgeben müssen, dann ist das um im Sprachgebrauch der CDU zu bleiben, unredlich zur zwar unredlich gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Kreis.

Und wissen Sie was genauso unredlich ist, genauso unredlich ist es, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen im Zuge der Diskussion als die SPD-Fraktion beantragt hat, diese zusätzlichen Gelder einzusetzen, um die Kreisumlage auf 31,5 % weiter abzusenken, so zu tun, als sei dieser Vorschlag auch noch eine Belastung für die Kommunen: Denn ich gehe davon aus, dass wir uns in diesem Hause einig sind, und nicht darüber streiten, ob wir den Kommunen diese 4 Million € zurückgeben, sondern lediglich wann. Dann aber von einer Belastung der Kommunen zu sprechen, wenn man Ihnen jetzt schon das Geld gibt, ist, um es zu wiederholen: Unredlich:

Meine sehr geehrte Damen und Herren,

Ich wollte ja noch ein wenig zitieren:

Zitat: „Wir hätten uns eine stärkere Verringerung der Kreisumlage als Förderung gewünscht, und auch eine stärkere Kritik an der Personalsteigerung in der Kreisverwaltung“ Zitat Ende:

So, die FDP-Fraktion Beckum in der Ausgabe der Glocke vom 02.12.2023. Die FDP fordert stattdessen, eine Beschränkung auf die Maßnahmen, die wirklich zwingend notwendig sind. Offensichtlich scheint jedoch der Ruf der örtlichen FDP bei der FDP im Kreis nicht angekommen zu sein. Allerdings ist der Weg von Beckum nach Drensteinfurt auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht so gut zu erreichen. Aber das wird ja bald alles besser, wenn man den Aussagen des Abgeordneten Henning Rehbaum Glauben schenken darf, der nach seiner Art der öffentlichen Darstellung, offensichtlich die WLE-Reaktivierung ganz allein gestemmt hat.

Aber es geht noch weiter, erneut mit einem Zitat:

„Die Kreisumlage liegt bei 32,0 Prozentpunkten titelte die Glocke. Liest man allerdings den Artikel zu Ende und realisiert, dass Kreiskämmerer Dr. Stefan Funke einen Jahresüberschuss von 11,6 Million € erwartet, dann kommt zumindest bei mir, Unverständnis auf, warum die Ausschussmitglieder nicht die Zielmarke von 31,5 Punkten für die

Kreisumlage 2024 beschlossen haben. Die Haushalte können wenn überhaupt, vermutlich nur mit Steuererhöhungen in einen genehmigungsfähigen Zustand gebracht werden“ – Zitat Ende:

Von wem stammt dieses Zitat? Nicht von mir, obwohl es um unseren Antrag auf Absenkung der Kreisumlage auf 31,5 % geht: Nein, er stammt vom Fraktionsvorsitzenden der FWG in Beckum – Gregor Stöppel - ebenfalls veröffentlicht in der Glocke vom 02.12.2023.

So meine Damen und Herren von der FDP, und insbesondere der Freien Wähler, jetzt bin ich ja mal gespannt, wie Sie mir gleich in Ihren Reden erklären, dass offensichtlich Ihre eigenen Fraktionsvorsitzenden vor Ort keine Ahnung haben, Denn anders lässt es sich nicht erklären., wie sie hier vor Ort einen gemeinsamen Antrag mit der CDU einbringen können, nicht auf die von uns geforderten 31,5 % zu gehen, sondern auf 32,0.

Vielleicht lassen Sie die Sitzung noch mal kurz unterbrechen, nehmen Rücksprache mit Ihren Fraktionen vor Ort, und schließen sich dann unserem Antrag noch an.

Aber lassen Sie mich diesen Gedankengang doch noch mit einer weiteren kleinen Anekdote zu Ende bringen: Wie man im Rahmen der Etatberatungen bemerkt hat, hatten zumindest die Freien Wähler offensichtlich Angst, dass andernfalls ihre schon zahlreichen Anträge keine Mehrheit finden. Da hat man dann halt den Deal mit der CDU gemacht.

Dann sollte man allerdings auch den Mut haben, dass so öffentlich auch zu sagen. Man sollte sich hinstellen und sagen, dass man ihre eigenen Fraktionsvorsitzenden in den Räten im Stich lässt und dafür lieber einen Handel mit der CDU eingeht. Peinlich wird dann allerdings noch obendrauf, wenn die CDU-Fraktion, wie jedenfalls im Finanzausschuss geschehen, aus Sorge um ihre eigene Haushaltsmehrheit alles blind mitgeht, was da so von ihren Antragspartnern so gefordert wird

Dies, ohne auch genau hinzuschauen, was man denn da eigentlich so beschließt.

In den letzten Jahren mussten jetzt sich Grüne und Linke und Sozialdemokraten mehrfach auch von seitens der heimischen CDU anhören, wie fürchterlich doch das Gendern ist - und als ob wir keine anderen Probleme vor Ort hätten. Der Ministerpräsident in Bayern scheint offensichtlich sogar aktuell der Auffassung zu sein, das Gendern im Freistaat zu verbieten. Jetzt her im Kreis Warendorf stimmt die CDU blind einem Antrag der Freien Wähler zu, der da lautet:

Die Zielformulierungen im Haushalt werden überprüft und gendergerecht angepasst!

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass finde ich ja sogar gut - oder dann sollten sie nicht versuchen, sich herauszureden, wenn Sie dabei ertappt werden, die Kehrtwende zu machen, nach dem Motto, dass sie das überhaupt nicht richtig so aufgefasst hätten, obwohl es da Wort wörtlich so steht, und insbesondere sollten Sie dann

nicht landauf Land ab ständig versuchen, mit solch einer Debatte polemischen Wahlkampf zu betreiben. Sagen Sie doch einfach, Mist ich hatte in diesem Jahr offensichtlich keine Mehrheit für meinen Haushalt und muss das jetzt halt so mitmachen.

Insgesamt wird die SPD-Fraktion aufgrund dieses Umstandes den Haushalt in diesem Jahr ablehnen.

Wir verkennen nicht, dass dieser Haushalt durchaus richtige Ansätze und auch richtige Ausgaben beinhaltet. Auch ist die Jugendamtsumlage passend und wurde von uns auch in der Einzelabstimmung mitgetragen. Anders als die Kritik in einzelnen Kommunen, halten wir auch den Stellenplan für angemessen. Auch das muss man zu mindestens sagen, es ist nicht die Schuld des Kreises vor Ort, wenn immer mehr Aufgaben auf die Städte, Gemeinden und den Kreis delegiert werden, sondern es sind Land und Bund, die sich so langsam, aber sicher fragen müssen, ob wir nicht am Ende der Zumutbarkeit angekommen

sind. Kreise und Kommunen stehen am Ende der politischen Nahrungskette. Aber wenn man uns vor Ort immer mehr Aufgaben zumutet, dann muss man auch dafür sorgen, dass man uns mit den notwendigen finanziellen Mitteln und personellen Ressourcen ausstattet, diese Aufgaben in unserem qualitativ hohen Standard auch weiterhin zu gewährleisten.

Ich bin mir sicher, Herr Dr. Funke, dass es Ihnen auch in der nächsten Zeit gelingen wird, ein positives Ergebnis für unseren Kreis zu erwirtschaften. Ich bin mir sicher, dass die allgemeine Rücklage weiter ansteigen wird und, dass wir es gemeinsam schaffen werden, die Kommunen auch in den nächsten Jahren, wenn es erforderlich ist, zu entlasten. Gleichwohl sollten Sie in Zukunft so ehrlich sein, und Ihre eigenen Ansätze auf Genauigkeit hin überprüfen. Dann bin ich mir sicher, dass wir den bisherigen Konsens in diesem Hause auch in den nächsten Jahren wiederherstellen können.

Trotz der von mir durchaus emotional geführten Debatte und auch der kritischen Worte, möchte ich mich für die Tätigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung ausdrücklich bedanken. Und ich möchte mich auch ausdrücklich bei Ihnen in der Verwaltungsspitze und allen voran noch bei Ihnen Herr Dr. Gericke, für die Zusammenarbeit im vergangenen Jahr bedanken. Wir sind nicht immer einer Meinung. Unser Start 2020 war an der einen oder anderen Stelle auch durchaus etwas holprig. Ich glaube gleichwohl sagen zu können, die Zusammenarbeit in diesem Hause ist nicht die schlechteste und daher auch von mir persönlich ganz herzlichen Dank an Sie und ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und uns allen im kommenden Jahr hoffentlich ein Jahr, wo das Wort Krise nicht den Mittelpunkt der Debatte steht.

Herzlichen Dank

